Schulsozialarbeiter fordern Finanzierungszusage von Politik

VON GUNDHILD TILLMANN

LEVERKUSEN Sicherheit auf Dauer und ein tragfähiges Finanzierungs-konzept für die Schulsozialarbeit in Leverkusen fordert die Katholische Jugendagentur (KJA) jetzt im Verbund mit Schulleitern und Schulsozialarbeitern von allen Parteien im Stadtrat. Bei einem Pressegespräch äußerten Vertreter dieser Einrichtungen gestern ihren Unmut über den ausgebliebenen Ratsbeschluss zur Fortsetzung und Erweiterung der Schulsozialarbeit. Einen Vorschlag, wie die Stadt Leverkusen die Schulsozialarbeit ab 2015 weiterfinanzieren soll, konnten die Beschwerdeführer gestern aber nicht machen. Es sei nicht ihre Aufgabe, Finanzierungsideen zu entwickeln.

Wohl aber sehen die fünf Schulsozialarbeiterinnen der KJA ihre Aufgaben darin, Eltern zu beraten, wie sie Leistungen aus dem Bildungs- und Teilhabepaket (BuT) beantragen können. Im Schuljahr 2013/14 seien 767 solcher Fälle (im Vorjahr 544) zum größten Teil für Klassenfahrten mit Hilfe der KJA-Schulsozialarbeit gestellt worden, berichteten gestern die Betroffenen.

Einen weiteren Schwerpunkt sehen die Sozialarbeiterinnen in Einzelfallbetreuungen. Sie haben im vergangenen Schuljahr 285 (Vorjahr 254) Einzelfallbetreuungen an zwei Berufskollegs, einer Hauptschule und drei Realschulen angeboten,

die von den Sozialarbeitern der KJA betreut werden. Das dritte Standbein der Schulsozialarbeit sind Präventionsprojekte, beispielsweise gegen Gewalt. Daraus sind auch feste Arbeitsgemeinschaften, wie etwa eine Jungengruppe, entstanden.

Bei den Einzelfallbetreuungen geht es um Lernschwierigkeiten, Konflikte, Mobbing, Sucht, psychische Belastungen und Erkrankungen, Essstörungen bis hin zu Suizidgefährdung. Die Schulsozialarbeiter sind die ersten Ansprechpartner, vermitteln aber weiter an ein dichtes Netzwerk von Fachstellen. In den weiterführenden Schulen kommt den Schulsozialarbeitern auch eine wichtige Aufgabe bei der Berufsorientierung und -vorbereitung zu.

Die Zitterpartie, die sie im Vorjahr um ihre Weiterbeschäftigung überstehen mussten, wollen die Sozialarbeiter nicht erneut erleben, sagten sie gestern einhellig. Deshalb fordern sie im Verbund mit den Schulleitern die Kommunalpolitik auf, parteiübergreifend spätestens bei der nächsten Ratssitzung am 29. September zu einer Entscheidung zu gelangen. Sonst müssten sich die fünf KJA-Schulsozialarbeiterinnen ab dem Monatsende arbeitslos melden. Wichtige Projekte, wie beispielsweise ein Programm gegen Cybermobbing, könnten schon jetzt wegen der Unsicherheit, was aus der Schulsozialarbeit wird,

nicht mehr geplant werden. Schulsozialarbeit sei aber unentbehrlich, da mit der Inklusion und dem Zustrom von Flüchtlingen die Aufgaben der Schulen immer komplexer würden, argumentiert die KJA.

KOMMENTAR

Bei der Bürokratie Geld einsparen

Schulsozialarbeit ist unverzichtbar. Aber müssen Schulsozialarbeiter Eltern dabei helfen, Anträge auszufüllen, damit diese Zuschüsse für ihre Kinder in Anspruch nehmen können? Wohl kaum. Solche Formulare lassen sich auch in unterschiedlichen Landesprachen drucken. Und wenn dann noch weitere Hilfe nötig ist, dann müssen die eben die Antragsämter übernehmen. Schulsozialarbeit ist zu wertvoll und zu teuer, als dass sie für Bürokratie eingesetzt wird. Denn immerhin macht die doch sogar den Hauptanteil mit 767 Fällen aus, wie es die KJA gestern selbst darlegte. Dagegen sind die 285 Einzelbetreuungen nur ein Bruchteil der Bilanz, sie sind aber doch die eigentliche Sozialarbeit. Vorschlag: Bei der Bürokratie ließe sich das Geld sparen und für die Fortsetzung der echten Schulsozialarbeit einsetzen.

Gundhild Tillmanns